

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V.

Sektion der War Resisters' International (WRI)

Landesverbände Rheinland-Pfalz und Hessen
c/o Bürogemeinschaft, Walpodenstr. 10, 55116 Mainz
dfgvkhessen@t-online.de www.dfg-vk-rlp.de www.dfg-vk-hessen.de



21. Juni 2021

Honorarkonsul der Ukraine
Herrn Dr. h.c. Hansjürgen Doss
Schillerplatz 7 (IHK für Rheinhessen)
55116 Mainz

Besorgnis wegen politisch motivierter Verfolgung des Pazifisten Ruslan Kozaba in der Ukraine; aus Anlass des Prozesstermins am 29. Juni 2021 und der Mahnwache auf dem Schillerplatz am Mittwoch, 23. Juni 2021

Sehr geehrter Herr Dr. Doss,

für den 29. Juni 2021 hat das Gericht in Kolomyja (Oblast Iwano-Frankiwsk) erneut eine Anhörung im Strafverfahren gegen Ruslan Kozaba angesetzt.

Dieser Termin ist der Anlass für unsere Mahnwache gegenüber Ihrem Honorarkonsulat auf dem Schillerplatz vor dem Osteiner Hof am Mittwoch, dem 23. Juni 2021 von 12 bis 13 Uhr. An der Mahnwache beteiligen sich die Landesverbände Rheinland-Pfalz und Hessen der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Connection e.V., attac Mainz, der Mainzer Verein Linkswärts e.V. sowie die Regionalgruppe Mainz des Versöhnungsbunds. Die Berliner Initiative „Freiheit für Ruslan Kotsaba“ wird am Tag des Prozesses ihrerseits um 9.30 Uhr mit einer Mahnwache vor der Botschaft der Ukraine in Berlin gegen die Verfolgung von Ruslan Kozaba protestieren.

Ruslan Kozaba ist Journalist und Pazifist. Er wird seit 2015 verfolgt, weil er seine pazifistische Überzeugung und seine Kritik am Krieg öffentlich geäußert hat und zur Kriegsdienstverweigerung aufgerufen hat.

Er wurde 2016 zu 3½ Jahren Gefängnis verurteilt. Nach 16 Monaten in Haft sprach ihn das Berufungsgericht des Bezirks Iwano-Frankiwsk frei. Das Oberste Gericht für Zivil- und Strafsachen hob den Freispruch jedoch 2017 auf und ordnete eine Wiederaufnahme des Verfahrens an. Amnesty International hatte ihn als Gewissensgefangenen anerkannt.

Für uns ist deutlich, dass es sich bei der nun seit sechs Jahren bestehenden Strafverfolgung um eine politisch motivierte Verfolgung handelt.

Meinungsfreiheit, Gewissens- und Religionsfreiheit sowie das Recht auf Militärdienstverweigerung sind fundamentale Rechte, die sowohl in der Verfassung der Ukraine als auch in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert sind.

Niemand sollte bestraft werden, weil er von seinem Recht auf Meinungsfreiheit Gebrauch macht und sich für Frieden und Kriegsdienstverweigerung ausspricht.

Hier in Mainz wird das Schicksal von Ruslan Kozaba besonders aufmerksam verfolgt. Als er das erste Mal inhaftiert war, sprach 2016 seine Frau Uljana Kozaba in Mainz bei einer gut besuchten Veranstaltung im Rahmen der damaligen internationalen Kampagne für die Freilassung von Ruslan Kozaba. Bei einer weiteren Veranstaltung 2018 konnten wir Ruslan Kozaba persönlich begrüßen.

Wir erklären uns solidarisch mit Ruslan Kozaba und fordern die Ukraine dringend dazu auf, die gegen ihn gerichtete politische Verfolgung zu beenden und das Menschenrecht auf Meinungsfreiheit in der Ukraine zu gewährleisten, das auch die Befürwortung der Kriegsdienstverweigerung einschließen muss.

Beim Gerichtstermin am 21. Januar wurden Ruslan Kozaba und seine Anwältin vor dem Gerichtsgebäude von einem ultranationalistischen Mob angegriffen. Ein Unbekannter besprühte ihn mit einem Feuerlöscher und der Mob skandierte: "Tod den Feinden! Ukraine über alles!" Die Polizei schritt ein, nahm aber keinen der Angreifer fest. Ruslan Kozaba wird von rechtsextremen Kräften weiterhin bedroht. Wir fordern den ukrainischen Staat auf, die Sicherheit Ruslan Kozabas und anderer bedrohter Journalisten und Journalistinnen zu gewährleisten und den rechtsextremen Banden Einhalt zu gebieten.

Wir fordern ebenso dringlich, zu garantieren, dass pazifistisch gesinnte Menschen in der Ukraine, darunter auch die Mitglieder der Український Рух Паціфістів (Bewegung Ukrainischer Pazifisten), frei ihre Meinung äußern und sich gewaltfrei politisch betätigen können.


Nicht zuletzt fordern wir die Ukraine auf, nicht nur die Befürwortung der Kriegsdienstverweigerung, sondern auch das Recht auf Kriegsverweigerung in vollem Umfang zu gewährleisten.

Selbstverständlich ist uns die schwierige Lage der Ukraine bewusst. Umso wichtiger ist es, dass sich auf allen Seiten pazifistische gesinnte Menschen Nationalismus und Aggression widersetzen. Nötig sind Deeskalation und eine völkerrechtskonforme Konfliktlösung, keinesfalls weitere Eskalation und Krieg.

Wir bitten Sie, unsere ernsthafte Besorgnis den ukrainischen Behörden zur Kenntnis zu bringen.

Weitere Informationen können Sie bei der Mahnwache im Gespräch mit uns erhalten.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Gernot Lennert

Landesgeschäftsführer der Landesverbände Rheinland-Pfalz und Hessen der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Weitere Informationen über die Verfolgung von Ruslan Kozaba finden Sie hier

www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/ruslan-kotsaba

<https://de.connection-ev.org/ruslankotsaba>

<https://www.facebook.com/berlinerinfreiheitruslankotsaba/>

<https://wri-irg.org/en/story/2021/wri-stands-solidarity-ukrainian-conscientious-objector-ruslan-kotsaba>